



Gabriele Schmidt
Mitglied des Bundestages

„Deutschlands Zukunft gestalten“

Das Wichtigste zuerst

Koalition kann starten:

Nach intensiven Beratungen in zwölf Arbeits- und vier Unterarbeitsgruppen liegt jetzt der Entwurf für einen Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vor, der bei allen Kompromissen unsere wesentlichen Ansprüche erfüllt: keine Steuererhöhungen, alle Maßnahmen haben sich an Wachstum und Beschäftigung zu orientieren, wir erhöhen Leistungen nur dort, wo sie finanzierbar sind und wir werden 2015 erstmals nach über 40 Jahren einen Bundeshaushalt ohne neue Schulden erreichen. Zudem haben wir im zentralen Bereich der Europapolitik maßgeblich unsere Linie durchsetzen können.

Mindestlohn:

Als langjährige Sozialpolitikerin habe ich mich bereits vor der Wahl ganz klar für die Einführung eines allgemein verbindlichen Mindestlohns ausgesprochen. Jedermann muss von seiner Arbeit leben können, der Lohn muss einen menschenwürdigen Lebensstandard garantieren.

Der Mittelstand als Rückgrat unserer starken Wirtschaft, der anständig mit seinen Mitarbeitern umgeht, bleibt mit dem Mindestlohn beweglich. Weiter werden Tarifautonomie gestärkt, der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen gestoppt. Der flächendeckende, einheitliche und verbindliche Mindestlohn kommt zum 1. Januar 2015, jedoch gibt es eine flexible Übergangszeit. Bis Ende 2016 soll von den 8,50 Euro auf der Grundlage von Tarifverträgen abgewichen werden können, ab dem 1. Januar 2017 gilt der Mindestlohn für alle. Mit Wirkung zum 1. Januar 2018 sollen Anpassungen auf Vorschlag einer Mindestlohnkommission durch Rechtsverordnung

„Schmidts Berliner Brief“ 1/13

Liebe Leserinnen und Leser,

am 22. September bin ich, zugegebenermaßen völlig unvermittelt, über die baden-württembergische Landesliste in den 18. Deutschen Bundestag eingezogen. Darüber habe ich mich sehr gefreut. Dieses Mandat und den damit verbundenen Auftrag, mich in Berlin für die Belange und Anliegen der Mitbürger unseres Wahlkreises einzusetzen, nehme ich sehr ernst.

Damit Sie einen unmittelbaren Einblick in die parlamentarische Arbeit erhalten und immer darüber informiert sind, was im Parlament diskutiert wird, würde ich Ihnen künftig gerne in jeder Sitzungswoche „Schmidts Berliner Brief“ zusenden, der Sie über aktuelle politische Themen und meine Abgeordnetentätigkeit in Berlin informiert. Hierfür bitte ich Sie, meinem Büro Ihre Mailadresse mitzuteilen, damit Sie in den Verteiler aufgenommen werden können (gabriele.schmidt@bundestag.de oder telefonisch 030-227-74899).

Ich freue mich darauf, mit Ihnen in Kontakt zu treten und bitte Sie herzlich, mir Ihre Anliegen, Bedürfnisse und konstruktive Kritik mitzuteilen.

Herzliche Grüße

Gabriele Schmidt, MdB

vorgenommen werden. **Ehrenamtliche Tätigkeiten**, die im Rahmen der Minijobregelung vergütet werden, **sind davon ausgenommen**. Für alle anderen Branchen, in denen der Mindestlohn gilt, wird der Gesetzgeber gemeinsam mit den Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein Gesetz erarbeiten und mögliche Probleme bei der Umsetzung berücksichtigen **Das gilt auch für Saisonarbeiter wie z.B. in der Landwirtschaft**. Ich bin überzeugt, dass das der richtige Weg in eine gute und menschenwürdige Zukunft für alle bedeutet.

Rente:

Die Mütterrente für Eltern, deren Kinder vor 1992 geboren sind, kommt sofort. Dies ist ein großer Erfolg der CDU, denn sie honoriert die Erziehungsleistung dieser Eltern. Auch die Solidarische Lebensleistungsrente kommt, von der insbesondere Geringverdiener profitieren werden. Wer 40 Jahre Rentenbeiträge gezahlt hat, aber dennoch nur über ein Alterseinkommen von weniger als 30 Entgeltpunkten verfügt, soll seine Rente aufgestockt bekommen, auf bis zu 850 Euro. Die mit diesen Vorhaben verbundenen Mehrausgaben bleiben auf insgesamt 23 Milliarden Euro über die Legislaturperiode beschränkt. Die Umsetzung der Maßnahmen wird viel Disziplin bei der Haushaltsaufstellung und den parlamentarischen Beratungen im kommenden Jahr erfordern.

Aktive Arbeitsmarktpolitik:

Zu den prioritären Maßnahmen, die nicht unter einem Finanzierungsvorbehalt stehen, gehört u.a. die Anhebung des Mitteleinsatzes für die Eingliederung Arbeitssuchender um 1,4 Milliarden Euro. Nur mit massiver Unterstützung können Langzeitarbeitslose es schaffen, Teilhabe und Integration am Arbeitsmarkt zu finden. Durch das ESF-Bundesprogramm und die Gewinnung von Arbeitgebern für die Gruppe arbeitsmarktfremder Personen soll dieses Ziel umgesetzt werden. Die Initiative „AusBildung wird was – Spätstarter gesucht“ als Programm **„2. Chance“** soll engagiert fortgeführt werden, weil nur eine ausreichende Qualifizierung nachhaltig vor Arbeitslosigkeit schützt. Auch Erwachsene ohne Berufsabschluss sollen dadurch die Möglichkeit eines qualifizierten Abschlusses erhalten.

Pflege und Versorgung:

Einer der Kernpunkte, der für uns im ländlichen Raum besonders wichtig ist, ist die medizinische Versorgung. Leider gehören Teile unserer Region auch heute noch zu den unterversorgten Gebieten. Wir wollen das ändern. Bürokratieabbau bei der Niederlassung und die flexiblen Regelungen für die Zulassung stellen erste wichtige Schritte in die richtige Richtung dar. Die Qualität der Krankenhäuser soll weiter steigen. Auch Pflegende Angehörige erhalten mehr Unterstützung. Die zehntägige Auszeit vom Job, die sich der Angehörige nehmen muss, wird künftig mit einer Lohnersatzleistung verbunden.

Ländlicher Raum und Breitbandausbau:

Der Breitbandausbau ist vor allem für die Kommunen im ländlichen Raum eine essentielle Herausforderung. Das klare Bekenntnis der Koalitionspartner zu einem flächendeckenden Ausbau mit schnellem Internet bis zum Jahr 2018 ist gut. Wichtiger als das Bekenntnis sind aber die angekündigte Unterstützung der Kommunen, die zusätzlichen Investitionsanreize für Telekommunikationsunternehmen und das neue Sonderfinanzierungsprogramm „Premiumförderung Netzausbau“ bei der KfW-Bankengruppe. Nur mit ausreichender Unterstützung und vereinten Kräften kann das ehrgeizige Ziel bis 2018 erreicht werden. Für diese Aufgabe sind wir gerüstet.

Entlastung der Kommunen:

Die Gemeinden, Städte und Landkreise in Deutschland sollen weiter finanziell entlastet werden. Im Jahr 2014 erfolgt ohnehin die letzte Stufe der Übernahme der Grundsicherung im Alter durch den Bund und damit eine Entlastung der Kommunen in Höhe von 1,1 Milliarden Euro. Darüber hinaus sollen die Kommunen im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes im Umfang von fünf Milliarden jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden. Bereits vor der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes beginnen wir mit einer jährlichen Entlastung der Kommunen in Höhe von einer Milliarde Euro pro Jahr.

Fazit:

Die Kernprinzipien der Bundespolitik für die kommenden vier Jahre in unserem Sinne beschrieben. Die SPD hat in den Verhandlungen viele Einzelforderungen beigesteuert. Wir haben darüber beraten und klar gemacht, dass jede Maßnahme sich am Ende der zentralen Frage unterordnen muss: **Wird es den Menschen und unserem Land am Ende dieser Wahlperiode besser gehen als zu Beginn?** Wir sind der Auffassung, dass dieser Koalitionsvertrag die Grundlage für die großen Aufgaben, die wir in Deutschland und Europa zu meistern haben, sein kann.

Die Verhandlungen haben gezeigt, dass die Union mit Herz und Verstand bei der Sache ist. Für uns steht die Zukunft unseres Landes und seiner Menschen an erster Stelle, nicht der taktische Vorteil für den einen oder anderen Parteiflügel. Wir führen zusammen, suchen den richtigen Weg und übernehmen so Verantwortung für unser Land und die Bürgerinnen und Bürger. Wir wissen, dass Kompromisse dem Land, nicht einer Partei, dienen müssen.

Deutschland hat die Chance auf vier weitere gute Jahre, wenn wir diesen Koalitionsvertrag unter der Führung von Angela Merkel klug umsetzen.

Den vollständigen Vertragstext finden Sie unter:

<https://www.cdu.de/sites/default/files/media/dokumente/koalitionsvertrag.pdf> .

Aktuelles

Am Mittwoch, dem 4. Dezember 2013, 20 Uhr, findet in den Donauhallen, 78166 Donaueschingen ein Mitgliederdialog zum Koalitionsvertrag statt.

Dr. Wolfgang Schäuble und **Volker Kauder** stellen die zentralen Ergebnisse in einer offenen Runde vor. Unsere Mitglieder sind herzlich eingeladen, sich an der Diskussion zu beteiligen.